

De la Rúas Botschaft an die Nation

Rede anlässlich der Eröffnung der 118. Kongresssitzungsperiode

Präsident Fernando de la Rúa hat vor der Vollversammlung der Legislative zur Eröffnung der Sitzungsperiode am Mittwoch Abgeordnete und Senatoren aufgefordert, der Allianz-Regierung beim Projekt einer Erneuerung des Nationalstaates zur Seite zu stehen.

Bei der traditionellen „Botschaft an die Nation“ mahnte der Präsident in seiner 30-minütigen Rede eine „Säuberung“ der Justiz an und bestand auf der Notwendigkeit einer „Beschleunigung der Arbeitsreform“, die vom Senat verabschiedet werden müsse. Ausserdem unterstrich de la Rúa die Sicherheitsfrage und gab zu, dass die Steuererhöhungen mit politischen Kosten verbunden sein werden. „Ich stehe nicht hier, um die Dinge zu tun, die mir gefallen, sondern die erforderlich sind“, rechtfertigte de la Rúa die gestiegenen Abgaben.

Die Forderung an den Staat und seine Rolle in der Entwicklung des Landes stufte der 62-Jährige als „vordringlich“ ein. Zugleich distanzierte er sich damit von den dominanten Äusserungen im letzten Jahrzehnt menemistischer Prägung. „Ich übertreibe nicht“.



Präsident Fernando de la Rúa eröffnet die 118. Sitzungsperiode des Kongresses.

(Foto: Presidencia de la Nación)

Der heutige Staat ist klein und hat nichts mehr zu verkaufen. Daneben aber hat er noch eine Schuld, die das ganze System bedroht und dem Privatsektor die Luft zum Atmen nimmt“, sagte der Präsident. Er wolle Argentinien in einen reichen, effizienten und in seiner Politik aktiven Staat verwandeln. „Bürgernähe muss gezeigt wer-

den“, sagte de la Rúa unter dem Beifall der Allianz.

De la Rúa erklärte, dass niemand in seiner Regierung „reservierte Kassen“ habe, und betonte, die Steuern für jene zu erhöhen, die am meisten hätten, sei eine Massnahme gewesen, die schon längst hätte getroffen werden müssen. Man habe dies in den vergangenen

Jahren nicht getan, so der Präsident, weil es grosse politische Kosten mit sich bringe. „Ich musste es tun, um den Bankrott des Staates zu verhindern“, erklärte de la Rúa und fügte hinzu: „Schon bald werden Fälle von grossen Steuerhinterziehern bekannt werden, die bei der Justiz angezeigt wurden. Die Zeit der Straflosigkeit ist vorbei. ... Wenn alle zahlen, werde ich die Steuern senken.“

Hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit verwies de la Rúa auf den nationalen Plan für Kriminalitätspolitik, der „ein Paket von Massnahmen“ einschliesse, darunter Änderungen der Strafprozessordnung und des Systems der Enthaltungsregelungen.

De la Rúa sagte dem organisierten Schmuggel den Kampf an, der eine gegen den Staat begangene Straftat sei. „Wenn wir schon von Schmuggel sprechen, ehrenwerter Kongress, ein Wort mehr: Verdammtes Kokain“, überraschte der Präsident seine Zuhörer. Es waren einleitende Worte für eine besondere Bezugnahme auf den Rauschgifthandel, dessen Trägern er ebenfalls den Kampf ansagte.

Überraschendes Wahlkampfbandnis

Cavallo und Beliz wollen vereint gegen die Allianz marschieren

In einer unerwarteten politischen Pirouette haben Domingo Cavallo und Gustavo Beliz am Sonntag vereinbart, eine gemeinsame Formel für die Wahl des Chefs der Stadtregierung zu bilden. Im Rahmen des Bündnisses „Treffen für die Stadt“ werden beide Politiker offene Internwahlen veranstalten, deren Sieger die Kandidatur für das Chefamt bekommt, während der unterlegene Kandidat für das Vizeamt kandidieren soll. Die Parteien der Bündnispartner hingegen werden getrennte Listen der Kandidaten für die Stadtlegislative aufstellen.

Das Manöver der zuvor erklärten Rivalen war derart überraschend und hinter verschlossenen Türen vorbereitet worden, dass selbst die Parteimanager der zweiten Linie von Acción por la República und Nueva Dirigencia erst am Sonntagnachmittag von dem schier unglaublich anmutenden Bündnis erfuhren. Für Beliz ist die Annäherung an Cavallo allerdings zweifellos die Folge einer Vielzahl von Abgängen in seinen Reihen (siehe AT vom 26.02.2000).

Entsprechend der Vereinbarung werden die Internwahlen am 10. und 11. März stattfinden. Neu ist, dass die Wähler ihre Stimme bei dieser Gelegenheit auf elektronischem Weg abgeben können, wofür an verschiedenen Straßenecken in der Stadt Computer aufgestellt werden. Teilnehmen können außer Personen, die nicht parteilich gebunden sind, alle Mitglieder von Parteien, die nicht zur Allianz gehören, eingeschlossen der PJ. Cavallo und Beliz erklärten am Mittwoch auf einer gemeinsamen Pressekonferenz, dass die Internwahl mittels eines telefonischen Stimmensystems durchgeführt werde, da für eine traditionelle Internwahl mit Urne und Stimmzettel die Zeit fehle.

Die technischen Details des Bündnisses arbeitete eine „Verbindungskommission“ aus, deren Mitglieder von beiden Kandidaten benannt worden waren. Dazu gehörten Armando Caro Figueroa, Marta Oyhanarte und Alberto Iribarne für Acción por la República und Abel Fleitas, Jorge Srur und Enrique Rodríguez für Nueva Dirigencia. Die Kommission wollte sich gegenüber der Presse jedoch nicht äussern. „Wir werden keine Erklärungen abgeben.“

Der Inhalt des Abkommens ist gewichtig genug“, versicherten Rodríguez und Oyhanarte. Ebenso wenig erwähnten sie den Bruch zwischen Cavallo und Beliz vom vergangenen Juli.

Der Name des Bündnisses, „Treffen für die Stadt“, ist ebenso eine symbolische Absichtserklärung wie auch der gewählte Zeitpunkt des Zusammengehens von Cavallo und Beliz, die in den Umfragen hinter Allianz-Kandidat Aníbal Ibarra lediglich an zweiter und dritter Stelle der Wählergunst stehen. Beide Politiker einigten sich erst, als feststand, dass die PAMI-Interventorin Cecilia Fel-gueras die Formelpartnerin des Umfragefavoriten Ibarra sein wird.

Mit Felgueras, die unter den Wählern grosses Ansehen genießt, ist man in Allianz-Kreisen zuversichtlich, bei den Wahlen am 7. Mai von den Bürgern erneut den Auftrag zur Stadtregierung zu erhalten. Dennoch wird der Urnengang für die Regierung von Präsident Fernando de la Rúa die erste Wahlherausforderung seit der Amtsübernahme.

Der Gouverneur von Buenos Aires, Carlos Ruckauf, begrüßte das Bündnis ausdrücklich. Wie einige andere PJ-Politiker sieht Ruckauf den Pakt „als den besten Weg, um der Regierungspartei Paroli zu bieten“.

Bundestags-Vize in Argentinien

Buenos Aires - Rudolf Seiters, der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags wird sich von Sonntag bis Mittwoch in Argentinien aufhalten. Der 63-jährige CDU-Politiker Seiters gehört dem Bundestag seit 1969 an und war von 1989 bis 1991 Chef des Bundeskanzleramtes sowie von 1991 bis 1993 Bundesinnenminister unter der von Helmut Kohl geführten CDU/FDP-Regierung.

Seiters' dichtgedrängtes offizielles Programm beginnt bereits am Sonntagnachmittag mit einer Zusammenkunft mit dem Vorsitzenden der Evangelischen Kirche am Río de la Plata, Pastor Juan Schaad, sowie Vertreterinnen und Vertretern der „Grossmütter der Plaza de Mayo“ sowie der „Deutschen Mütter der Plaza de Mayo“. Am Montag führt Seiters Gespräche mit argentinischen Politikern, darunter dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Rafael Manuel Pascual, sowie Senator Eduardo Menem. Am Nachmittag wird er das Goethe-Institut besuchen, um sich von dessen Leiter, Rudolf Barth, sowie dessen Mitarbeitern über die Aktivitäten des Institutes unterrichten zu lassen. Zum Abschluss des Tages findet ein Treffen mit Vorstand und Mitgliedern der Vereinigung ehemaliger Stipendiaten der Bundesrepublik Deutschland (AERFA) statt. Höhepunkt des Besuchs ist ein Treffen mit Staatspräsident Fernando de la Rúa in Anwesenheit von Innenminister Federico Storani und Präsidentschaftschef Jorge de la Rúa.

Mittwoch fliegt Seiters weiter nach Mendoza, wo er in Begleitung des deutschen Honorarkonsuls, Federico Hilbing, mit dem Provinzgouverneur Roberto Iglesias zusammentreffen wird. Daraufhin wird er über den Landweg nach Chile weiterreisen, um dort an der Amtseinführung des neuen Präsidenten Ricardo Lagos teilzunehmen.

Wem die Stunde schlägt...

Bundesrichter Adolfo Bagnasco hat Ex-Pami-Chef Victor Adrián Alderete in Abwesenheit verboten, Argentinien zu verlassen. Mit der Anordnung vom Montag soll eine eventuelle Flucht des untergetauchten Funktionärs der Menem-Regierung verhindert werden. Zugleich beantragten die Bundesstaatsanwälte Guillermo Montenegro und Paul Stark eine Haftanordnung für Alderete, dessen unmittelbare richterliche Einvernahme sowie die Prüfung neuer Unterlagen.

Die Verhängung der Untersuchungshaft soll auch für Alejandro Tomás, den Sohn Alderetes und die sieben Ex-Abteilungsleiter und Direktoren des PAMI gelten, denen vorgeworfen wird, mit Alderete eine kriminelle Vereinigung gebildet zu haben.

Am Montag meldete sich auch Ex-Präsident Carlos Menem zu Wort und dementierte Aussagen, wonach er für seinen Freund in Costa Rica um politisches Asyl gebeten habe.

Während sich Alderetes Sprecher und Anwalt, León Arslanián und Edwin Torlasco, weiterhin weigern, den derzeitigen Aufenthaltsort ihres Chefs und Mandanten zu nennen, ist lediglich bekannt, dass Alderete den Sommer in Punta del Este - und damit im Ausland - verbrachte. Gegen Alderete wird in 17 Fällen wegen betrügerischer Verwaltungsführung ermittelt.



SERVICIOS
DIGITALES

www.multimedia.com.ar

Corrientes 456 - P.16 - of.161 - (1366) Bs. As. Argentina
Tel/Fax: (54-11)4393-8837/4393-8298 - servicios@multimedia.com.ar

Bundessicherheitsplan ausgearbeitet

Präsident de la Rúa und Gouverneure vereinbarten Plan zur Bekämpfung der Kriminalität

In einem unübersehbaren politischen Signal haben am Montag Präsident Fernando de la Rúa und Repräsentanten der 24 Provinzen des Landes - in ihrer Mehrheit Gouverneure - die Grundlagen eines „Bundessicherheitsplanes“ zur Bekämpfung der Kriminalitätswelle festgelegt. „Eine nationale Politik gegen Kriminalität, im Rahmen der Gesetze und in ihrer ganzen Strenge, gegen Räuber und andere Verbrecher, aber auch gegen Korrupte und Täter mit ‚weißem Kragen‘, bat der Präsident die Gouverneure, die zum ersten Mal seit dem 10. Dezember zu einem Arbeitsessen in die Residenz nach Olivos gekommen waren.

Das erste Treffen des sogenannten „Rates für innere Sicherheit“ in der Regierungszeit der Allianz wurde von einem politischen Konsens getragen, zielt der Plan doch darauf ab, Druck sowohl auf die Mitglieder der nationalen als auch auf die Provinzlegislativen auszuüben. Es geht dabei um die Forderung, Gesetze zu verabschieden, mit denen die Strafen für Waffenanwendung bei der Verübung von Straftaten und für durch öffentliche Amtsträger begangene Delikte verschärft werden, die das Enthaftungssystem einschränken und das Nichtstrafbarkeitsrecht für minderjährige Täter ändern.

Erst vor knapp zwei Wochen hatte die die Provinzlegislative von Buenos Aires eine Reform verabschiedet, die nicht nur das Enthaftungssystem einschränkt, sondern auch eine Diskussion bewirkte, weil der Polizei größere Vollmachten zugestanden worden waren. Der bonaerenser Gouverneur Carlos Ruckauf forderte seine Kollegen während des Treffens daher auf, die Bekämpfung der Korruption in der Polizei auf die Justizbereiche auszuweiten und bat um eine bessere Zusammenarbeit im Kampf gegen den Rauschgifthandel, die Straßenräuberei der

„piratas del asfalto“ (Asphaltpiraten) und gegen bewaffnete Straftäter.

Das Ergebnis des Treffens war ein 14-Punkte-Dokument mit folgendem Inhalt:

- **Priorität für Reform von Straf- und Verfahrensgesetzen.** Es geht dabei neben dem vom Nationalkongress noch nicht verabschiedeten Enthaftungsrecht auch um die Erstellung von gleichen Projekten auf Provinzebene.
- **Operative Zusammenarbeit der Provinzpolizeien mit der Bundespolizei zur Verstärkung des Kampfes gegen sogenannte komplexe Delikte** (Rauschgifthandel, Geldwäsche, Asphaltpiraterie und Schmuggel).
- **Schaffung von gemeinsam operierenden Gruppen aus Angehörigen von Polizeieinheiten benachbarter Provinzen für den Schnelleinsatz in Grenzgebieten.**
- **Verbesserung der Kapazitäten beim Kampf gegen das Verbrechen.**
- **Schaffung von Mechanismen der Bürgermitarbeit auf Provinz-, Departaments-, Gemeinde- und Stadtteilebene für die „Optimierung“ der Beziehung zwischen Polizei und Bürgern.**
- **Verstärkung der bereits bestehenden Zusammenarbeit zwischen Nation und Provinzen bezüglich des Informationsaustausches bis hin zur Schaffung eines zentralen Kriminalitätsregisters, in dem Delikte, Festnahmen, Täteridentifizierung und Rückfalltäter gespeichert sein werden.**
- **Beschleunigte Einführung von Maßnahmen zur Verstärkung der Bankensicherheit mittels der Installierung von modernen Sicherheitssystemen sowie durch Zusammenarbeit der Zentralbank und des Sekretariates für innere Sicherheit.**

Rechtspolitische Fragen international erörtert

Besuch des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestages in Buenos Aires

Vom 29.2.-3.3.2000 hielten sich 5 Abgeordnete des Rechtsausschusses des Deutschen Bundestags unter der Leitung des Ausschussvorsitzenden, ehemaligen Verteidigungsministers und Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Rupert Scholz (CDU) in Buenos Aires auf, um rechtspolitische Fragen zu erörtern.

Das dichtgedrängte Programm der Abgeordneten Hedi Wegener, Alfred Hartenbach, Richard Schuhmann (alle SPD) sowie Rainer Funke (FDP), die den Besuch zunächst ohne den erst am Mittwochabend eingetroffenen Rupert Scholz begannen, sah für den Dienstagvormittag, 29. Februar, gleich nach ihrer Ankunft, Gespräche mit dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für internationale parlamentarische Beziehungen, Senator Juan Ignacio Melgarejo, sowie mit dem stellvertretenden Minister für Justiz und Menschenrechte, Dr. Jorge Gabriel Pérez Delgado, vor. Am Nachmittag folgte ein Treffen mit deutschsprachigen Anwälten sowie mit dem Abgeordneten René Helvecio Balestra, designierter Vorsitzender des Rechtsausschusses des argentinischen Abgeordnetenhauses. Am Abend fand ein Cocktail-Empfang auf Einladung des deutschen Konsuls, Kai Boeckmann, in der Deutschen Botschaft statt.

Am Mittwoch, 1. März, fuhren die Abgeordneten nach La Plata, um dort Gespräche mit dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses der Provinz Buenos Aires, Dr. Francisco Ferro, der Vorsitzenden des Ausschusses für Verbrechenverhütung und -kontrolle und Menschenrechte, Abg. Patricia Panzoni, sowie mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Verfassungsangelegenheiten und Recht, Abg. Juan Pedro Tunessi, zu führen. Ferner trafen sie mit dem Justizminister der Provinz, Dr. Jorge Casanovas, zusammen.

Am Donnerstag, 2. März, stand ein Frühstück mit Vertretern der Deutsch-Argentinischen Industrie- und Handelskammer, des Deutschen Klubs sowie der Deutsch-Argentinischen Juristenvereinigung auf dem Programm, im Anschluss daran ein Gespräch mit dem Präsidenten des Obersten Gerichtshofes, Dr. Julio Salvador Nazareno.

Nach einem Mittagessen mit deutschen Stiftungsvertretern traf die Delegation in der Deutschen Botschaft auf Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Mütter der Plaza de Mayo. Zum Abschluss ihres Aufenthalts führten die Abgeordneten noch ein Gespräch mit dem Dekan der

Rechtsfakultät der Universität Buenos Aires, Dr. Andrés José D'Alessio, sowie mit Studenten der Fakultät.

Am Freitag, 3. März, frühmorgens, flog die Delegation nach Asunción weiter.

Geiselnnehmer erschossen

Buenos Aires (AT) - Mit dem Tod der Täter endete in der Nacht zum Freitag eine siebenstündige Nervenschlacht zwischen der Polizei und zwei bewaffneten Geiselnehmern. Die beiden Täter wollten am Donnerstagnachmittag eine Gebrauchtwagenhandlung im Viertel Villa Urquiza überfallen und wurden dabei von einem Streifenpolizisten überrascht. Die Täter verschanzten sich mit den beiden Eigentümern als Geiseln in den Geschäftsräumen und eröffneten das Feuer. Sie verletzten den Polizisten am Bein. Innerhalb weniger Minuten war das Gebäude von Polizeieinheiten umstellt. Nach langen ergebnislosen Verhandlungen mit der GEOF-Spezialeinheit der Polizei und dem zuständigen Richter Héctor Yrimia zogen die Täter mit den beiden Geiseln in einem Fluchtwagen ab. Die Sicherheitskräfte zogen sich angesichts der Bedrohung der Geiseln zurück. Der Fall Rama-Ilo, bei dem vergangenes Jahr zwei

Geiseln durch Schüsse der Provinzpolizei umkamen, war noch in zu guter Erinnerung.

Die immer von der Polizei begleitete Flucht endete im Viertel La Paternal, wenige Meter vom Deutschen Friedhof entfernt. Dort drangen die Täter in ein Wohnhaus ein und nahmen weitere Geiseln, darunter eine 66-jährige Frau und ein 11-jähriges Mädchen. Weiter zermürende Verhandlungen mit der Polizei folgten.

Die Geiselnnehmer ließen die beiden Frauen frei, bekamen kugelsichere Westen und wollten mit den restlichen Geiseln die Flucht wieder aufnehmen. Diesmal blockierte die Polizei den Fluchtweg, und nach endlos erscheinenden Minuten flohen die Täter zu Fuss, die Geiseln als Schutzschilder mit sich zerrend.

In einem Schusswechsel mit der Polizei wurden beide Täter von Scharfschützen getötet, die Geiseln konnten fliehen und kamen mit leichten Verletzungen davon.

Im Zweikampf mit den Gewerkschaften

Präsident de la Rúa konnte ein zwiespältiges Verhältnis mit den peronistischen Gewerkschaftern nachgewiesen werden. Als Parteiradikaler haftete ihm das Odium seines Vorgängers Raúl Alfonsín an, den die Gewerkschaftsspitze CGT zwischen 1983 und 1989 dreizehn Mal mit Generalstreiks herausgefordert und ihm wichtige machtpolitische Konzessionen abgerungen hatte. Deshalb fürchteten politische Beobachter, dass ein geschwächter Präsident de la Rúa ebenfalls Spielball machtbesessener Gewerkschafter werden würde.

Hinzu kam die inzwischen vergessene Episode seines Kniefalls als Regierungschef der autonomen Stadt Buenos Aires gegenüber der Lehrgewerkschaft. Deren ewigem Streben nach einer Gehaltsaufbesserung hatte der damalige Finanzsekretär und jetzige Aussenminister Adalberto Rodríguez Giavarini unter der Bedingung zugesagt, dass die Gehaltszunahme nur den tatsächlich lehrenden Lehrkräften, nicht aber den Lehrbürokraten, zugebilligt werden sollte, was de la Rúa mittels Dekret gutheiss. Die Gewerkschaft zettelte einen Streik an, der Regierungschef gab klein bei und die Aufbesserung wurde massiv zugestanden, genau wie es die Gewerkschafter wollten, die selber längst nicht mehr unterrichten, sondern Politik betreiben. Rodríguez Giavarini, der die Stadtfinanzen saniert hatte, nahm den Hut und weigerte sich fortan, ein neues Amt anzutreten. Das Aussenamt nahm er nur nach intensiver Überredungskunst de la Rúas an.

Zuletzt gab der Präsident auch dem Drängen der Lehrgewerkschaft nach, als er die durch die umstrittene Steuer auf Kraftfahrzeuge verfügte Gehaltsaufbesserung in den Haushalt aufnahm, wie es die Gewerkschafter pausenlos gefordert hatten.

Danach setzte de la Rúa zur Offensive gegen die geballte Gewerkschaftsmacht an, als er vor Jahresende das Dekret Menems widerrief, durch das dieser kurz vor seinem Abtritt den Gewerkschaftern die Verwaltung der Ausgleichskasse der Sozialwerke im Betrag von angenommenen 350 Millionen Pesos im Jahr zugeschanzt hatte. Den Gewerkschaftern entging hiermit ein Machthebel, mit dem sie aufmüpfige Kollegen lenken können. Die Ausgleichskasse soll finanzschwachen Gewerkschafts-Sozialwerken helfen. Wer darüber bestimmt, hält einen Machtkegel in der Hand.

Das Gesetzesprojekt über die Arbeitsreform, das Arbeitsminister Alberto Flamarique im Konsens mit anderen Regierungsmitgliedern wochenlang ausgearbeitet hatte, scheuchte die Gewerkschafter auf. Sie protestierten lauthals gegen die Verlängerung der entschädigungslosen Probezeit von 30 auf 90 Tage, gegebenenfalls bis 180 Tage für Kleinbetriebe und sogar ein Jahr im Einvernehmen mit der Gewerkschaft. Ebenso kritisierten sie die Verschiebung der Tarifhoheit auf untergeordnete Gewerkschaften nach Branchen, Provinzen, Regionen oder Unternehmen. Dass das Arbeitsamt Schiedsrichter ernennen sollte, wenn sich die Tarifparteien nach Ablauf der Arbeitsverträge nicht einigen, beunruhigte die Gewerkschafter ebenfalls.

Doch der springende Punkt war ihre Kasse. Kraft Gesetz müssen die Arbeitgeber die Beiträge ihrer Mitarbeiter zugunsten der Gewerkschaften sowie deren Sozialwerke einbehalten, zuzüglich eventueller Sonderbeiträge der Unternehmer. Diese Gelder sollten laut Arbeitsreform den untergeordneten Gewerkschaften zugeschanzt werden, so dass die Gewerkschaftsverbände leer ausgehen würde. Das verbat sich die Gewerkschaften. De la Rúa lenkte ein, belies die Kasse beim bisherigen Modus und die Gewerkschafter spalteten sich. Die sogenannten „Dicken“ hoben den angekündigten Generalstreik gegen den Gesetzesentwurf auf, der nur von einigen aggressiven Bonzen durchgeführt wurde, aber mit einigen tausend Aktivisten ohne Mitwirkung des Volkes versandete. Die Deputiertenkammer billigte den Entwurf sogar mit mehreren Stimmen der Justizialisten in Einzelabstimmungen der Paragraphen, nachdem die Opposition bei der Behandlung des Projekts im Allgemeinen geschlossen dagegen gestimmt hatte. De la Rúa blieb im Zweikampf mit den Gewerkschaften als politischer Sieger im Feld.

Ob, wann und wie der Senat den Entwurf behandelt und verabschiedet, muss sich demnächst zeigen. Die justizialistischen Senatoren, die eine eigene Mehrheit im Oberhaus beherrschen, haben sich bisher konziliant gezeigt. Politik wird jedoch nicht nur mit Gesten und Erklärungen, sondern mit knallharten Abstimmungen im Kongress gemacht. Davon wird es abhängen, ob die Regierung demnächst ihre ersten hundert Tage mit konkreten politischen Leistungen abschliessen kann.

Randglossen

In der Kürze liegt die Würze: diesem Sprichwort getreu, beschränkte sich Präsident Fernando de la Rúa in seiner ersten Ansprache zur Eröffnung der ordentlichen Sitzungsperiode auf knapp über eine halbe Stunde, wobei er fünfzehn Mal von Beifall unterbrochen wurde. Anstatt langweilig vom Blatt abzulesen, sprach der Staatschef direkt zum Publikum, einschliesslich den Fernsehzuschauern. Nur als er ein Zitat Sarmientos las, verzichtete er auf die Brillen, mit denen er sich dank flüchtigen Blicken auf den geschriebenen Text verhalf. Seine Ich-Form, die bei solchen Reden keinesfalls üblich ist, gab der Ansprache zudem eine persönliche Note, alles andere als langweilig, wie er im Wahlfeldzug den Kritikern zugestanden hatte. Präsident de la Rúa stellt sich als exekutiver Regierungschef vor.

Domingo Cavallo und Gustavo Beliz, einst Kabinettsmitglieder Menems, mit dem sie seither verkracht sind, hatten sich im Vorjahr zuerst alliiert und dann zerstritten, weil beide das gleiche wollten, nämlich die Kandidatur für das Amt des Regierungschefs der autonomen Stadt Buenos Aires. Wenn zwei sich streiten, freut sich der Dritte, war denn die logische Folge für die Allianz, deren Partner längst ihre Parteifehden begraben hatten und gemeinsam Wahlen gewannen. Nun haben Cavallo und Beliz gleich gehandelt. Sie sind nicht mehr spinnefeind, sondern freundschaftlich gesinnt und werden die Kandidatur mit einer offenen Internwahl bestimmen, die Cavallo sicher ist, zu gewinnen. Mit dieser neuartigen Allianz kommt Salz in die Wahlen vom 7. Mai, die möglicherweise in der ersten Runde entschieden werden, wenn sich auch die Justizialisten hinter das neue Gespann stellen, wie Cavallo und Beliz hoffen, nicht so Menem und seine Gefolgsleute.

PJ-Gipfel neuerlich aufgeschoben

Die Gouverneure mauern / Vorher Treffen ohne Menem

Das Misstrauen der PJ-Gouverneure hat Ex-Präsident Carlos Menem zu einer neuerlichen Vertagung des für vergangenen Donnerstag geplanten Treffens des justizialistischen Nationalrates gezwungen. Die Provinzmandatare des PJ bewerteten am Montag den Themenkatalog des Gipfeltreffens als „diffus“ und beschlossen daher, vor einem Parteigipfel erst ein „Treffen unter Gouverneuren“ zu veranstalten. „Es besteht hinsichtlich der zu beratenden Themen keine Übereinstimmung. Wir werden uns vorher mit den Gouverneuren treffen, erst danach werden wir die Versammlung machen“, erklärte Menem am Dienstag, nachdem er sich am Dienstag mit PJ-Senatoren und der CGT-Spitze getroffen hatte.

Den Beschluss hatten die Gouverneure am Montag während der Sitzung des Nationalen Rates für Sicherheit in Olivos gefasst. Unmittelbar danach wurde auch der Termin für ihr Treffen „unter sich“ festgelegt, das nach Angaben des bonaerenser Gouverneurs Carlos Ruckauf am kommenden Dienstag stattfinden wird. Für die Vollversammlung des PJ hingegen steht ein neues Datum noch nicht fest. Wie aus der Umgebung Menems verlautet, soll sie irgendwann nach dem 15. März anberaumt werden.

Die Gouverneure beabsichtigen nach Ruckaufs Worten, „eine Agenda der vordringlichen Aufgaben“ zusammenzustellen, um diese dann beim Parteitreffen zu präsentieren. Ruckauf versicherte jedoch, die Vertagung dürfe „keinesfalls als Machtkampf verstanden“ werden. „Unsere Haltung ist von Respekt getragen und niemand bestreitet, dass Menem der PJ-Vorsitzende ist“, unterstrich der bonaerenser Gouverneur.

Ex-Gouverneur Eduardo Duhalde, der in den letzten Tagen einen neuerlichen verbalen Schlagabtausch mit Menem hatte, betonte hingegen weiter seinen Entschluss, nicht an dem Gipfeltreffen teilzunehmen. Menem seinerseits erklärte hierzu: „Ich widme mich der Politik und nicht der Psychiatrie“, und beantwortete damit Erklärungen Duhaldes über den Geisteszustand des Ex-Präsidenten.

An dem Tag, als Menem zu glauben begonnen habe, er sei wichtiger als die Verfassung, habe er gemerkt, so Duhalde, dass Menem „geistig entgleist“ gewesen sei.

Für Menem ging mit der Verschiebung jedoch eine Prestigekampf verloren, wollte der Ex-Präsident auf dem PJ-Treffen seine Führerschaft doch einmal mehr unter Beweis stellen. Hinzu kommt, dass der Justizialismus auch drei Monate nach der Machtübernahme durch die Allianz noch keine klare Oppositionspolitik fährt.

WOCHENÜBERSICHT

Sommerzeit verlängert

Die für den morgigen Sonntag vorgesehene Beendigung der Sommerzeit wird verschoben. Dies verkündete Energie-Sekretär Daniel Montamat, der sich auf ein technisches Gutachten stützte. Wie Montamat erklärte, bedeute die Zeitänderung in den bevölkerungsreichsten Gebieten des Landes demnach eine Steigerung des Stromverbrauchs in Höhe von zwölf Prozent, weshalb vorerst von der Zeitumstellung abzusehen sei. Vorgesehen war das Zurückdrehen der Zeiger um eine Stunde.

Deutsches Konsulat

Das Konsulat der Deutschen Botschaft weist nochmals darauf hin, dass die Öffnungszeiten um eine halbe Stunde auf Montag bis Freitag von 8.30 bis 11.30 Uhr vorverlegt wurden.

Schindler-Koffer

Emilie Schindler will aus Kostengründen nicht mehr auf juristischem Wege um „Schindlers Liste“ kämpfen. Eine dahin gehende Meldung der Zeitung „Clarín“ vom Sonntag bestätigte Schindler-Biografin Erika Rosenberg gegenüber dem AT. „Frau Schindler hat kein Geld, um vor Gericht weiter um den Koffer mit der Liste ihres Ex-Mannes zu streiten“, sagte Rosenberg. Nachdem mit finanzieller

Unterstützung eines argentinischen Unternehmers erste Schritte eingeleitet wurden, sei nach dem Rückzug des Geschäftsmannes eine Weiterführung des Vorgehens zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht möglich. Die Witwe des Juden-Rettlers Oskar Schindler, die während des Zweiten Weltkriegs gemeinsam mit ihrem Mann etwa 1.200 Juden vor dem Abtransport in Vernichtungslager rettete, wollte vor einem deutschen Gericht das Recht an dem Koffer erstreiten. Im vergangenen Jahr hatte die Stuttgarter Zeitung den Koffer mit persönlichem Nachlass von Oskar Schindler von Freunden des Judenretters erworben, den Inhalt veröffentlicht und den Koffer schliesslich dem Museum der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Jad Vashem übergeben.

Bürgermeister-Union

Die Allianz-Bürgermeister von Vicente López, Enrique García, und San Isidro, Gustavo Posse, haben sich am Wochenende mit den Bürgermeistern von San Fernando, Osvaldo Amieiro (PJ) und Tigre, Ricardo Ubieto (Nachbarschafts-Partei) getroffen. Geplant ist eine intensivere Zusammenarbeit vor allem im sozialen Bereich.

„Lole“-Rückzieher

Carlos Reutemann hat zugunsten des Kandidaten aus dem Provinzinneren, Juan Carlos Galotto,

auf eine Kandidatur für den PJ-Parteivorsitz in Santa Fe verzichtet. Der Ruckauf nahe stehende Galotto war einst ein Anhänger Ortegas.

Beliz-Kritik

Nach massiver Kritik am Wahlbündnis mit Ex-Wirtschaftsminister Domingo Cavallo hat Nueva Dirigencia-Chef Gustavo Beliz seinen Unmut über die Anrufe von Radiohörern bei verschiedenen Sendern der Hauptstadt geäußert. „Es bleibt zu prüfen, ob da nicht ein radikales Komitee dahintersteckt oder Sektoren, die Geheimdienst spielen“, sagte Beliz, nachdem einige Hörer bereits vor der offiziellen Bekanntgabe des Wahlbündnisses bei Radiostationen angerufen hatten.

Umfrage

Eine vom Wahlbündnis Cavallo-Beliz in Auftrag gegebene Umfrage des Meinungsforschers Mori sagt ein mögliches Kopf-an-Kopf-Rennen von Aníbal Ibarra (Allianz) und Domingo Cavallo (AR) voraus. Von 400 in der Hauptstadt befragten Wahlberechtigten stimmten bei der Befragung 50 Prozent für Ibarra, während 33 Prozent Cavallo vorziehen. 13 Prozent sind noch unentschieden. Kommt es zu einer Stichwahl, wollen drei von zehn Beliz-Wählern demnach der Allianz ihre Stimme geben.

Unbekannter Giavarini

Aussenminister Adalberto Rodríguez Giavarini leidet weiterhin unter einem geringen Bekanntheitsgrad. Nachdem unlängst Tele-Fee Susana Giménez zugab, den Namen Giavarini nicht zu kennen, unterließen zu Wochenbeginn gar zwei „granaderos“ ihre Ehrenbezeugung, als Giavarini die Casa Rosada betrat. Als der Aussenminister fragte, warum sie ihn nicht grüssten, erklärten die Soldaten, sie wüssten nicht, wer er sei.

Unwetter in Santa Fe

Auf Grund eines Unwetters mit starken Regenfällen im Südosten der Provinz Santa Fe sind am Sonntag etwa einhundert Personen evakuiert worden. Von den Überschwemmungen betroffen waren vor allem die Elendsviertel der Orte Puerto General San Martín und San Lorenzo.

Richter in Nöten

Gegen Bundesrichter Carlos Liboraci ist ein neuer Antrag auf politischen Prozess wegen Verschleppung der Untersuchung von Unregelmäßigkeiten beim Bau des Wasserkraftwerkes Yaciretá gestellt worden. Antragsteller ist wiederum der radikale Senator Alberto Maglietti, der Liboraci bereits im Dezember 1999 Unregelmäßigkeiten bei der Untersuchung im Fall der Banco de Mendoza vorgeworfen hatte.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Schwache Konjunktur

Die Statistiken über Industrieproduktion für Januar weisen auf eine andauernde Erholung hin, bestätigten also, dass der Aufschwung, der Mitte 1999 sanft und dann im dritten Quartal stärker eingesetzt hatte, normal weiterging. Der offizielle Index des INDEC über Industrieproduktion (genannt EMI, „Estimador Mensual Industrial“) lag um 3,2% über Januar 1999. Doch für das private Wirtschaftsforschungsinstitut FIEL betrug die Zunahme ganze 9,6% und für das Wirtschaftsinstitut der Unternehmensuniversität (UADE) 4,5%. Allerdings lagen die prozentuellen Zunahmen unter denjenigen vom Dezember, gemessen gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, mit jeweils 8,6%, 10,9% und 7% nach diesen drei Quellen.

Der Index über die allgemeine Wirtschaftstätigkeit, den Orlando Ferreres y Asociados ausarbeitet, lag für Januar um 3,9% über dem gleichen Vorjahresmonat. Hier wirkten besonders die Landwirtschaft (wegen der höheren Weizenernte), dann auch die Bereiche Elektrizität, Gas und Wasser, und schliesslich auch die Industrie. Hinzu kommt noch, dass das INDEC die Bautätigkeit mit plus 5,6% gegenüber Januar 1999 angab, allerdings um ebensoviel unter Dezember 1999, was anormal erscheint, da im Sommer, wenn es weniger regnet (was besonders dieses Jahr der Fall war) mehr gebaut wird.

Ebenfalls berichtet das INDEC, dass die Nachfrage nach öffentlichen Diensten im Januar um 3,9% über dem Vorjahr lag, allerdings mit der Eigenart, dass die Zahl der Flugzeugpassagiere im Binnenverkehr um 34,9% stieg, und die der internationalen Flüge um 22,5%, während

der Frachtransport der Eisenbahnen um 8% zurückging, der Passagiertransport der Vororteseisenbahnen um 1,5% stieg und der der Omnibusse zurückging. Offensichtlich reisten diesen Sommer mehr Personen über das Wochenende an die Ferienorte, statt ständig dort zu bleiben.

Auch berichten die Stromverteilungsunternehmen Edesur, dass der Stromkonsum im Februar um 11,8%, bzw. 9,9% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat gestiegen ist, wobei vor allem der Konsum von Handel und Industrie gestiegen ist.

Nach diesen positiven Zahlen berichtet das INDEC jetzt, dass die Supermarktsätze im Januar um 2,9% unter dem gleichen Vorjahresmonat lagen, und 25,5% gegenüber Dezember zurückgingen, wobei sie in jenem Monat um 1,8% unter dem Vergleichsmonat des Vorjahres lagen. Dezember ist stets ein anormaler Monat. Die Shopping-Centers lagen bei ihren Umsätzen um ganze 7% unter Januar 1999, was einen starken Rückgang bei allem, was nicht die üblichen Lebensmittel und Reinigungsprodukte sind, hinweist. Die argentinische Handelskammer spricht allgemein von einem Umsatzrückgang im ersten Bimester 2000 von über 2%. Allgemein berichten Kaufleute von einem Stillstand, besonders Immobilienmakler, die auf angeblich 20.000 unverkaufte Wohnungen hinweisen. Ebenfalls fällt auf, dass die Kfz-Zulassungen im Januar mit 45.168 Einheiten um 12,9% unter dem gleichen Vorjahresmonat lagen. Dennoch liegen die Anmeldungen in Februar mit 33.750 Kfz um 16,9% über dem gleichen Vorjahresmonat, von denen 58,5% auf das Programm der bezahlten Verschrottung entfallen.

Die Unternehmen der Branche melden indessen eine flauere Konjunktur, was bei einigen Firmen zu zeitbegrenzten Aufhebungen der Arbeit

geführt hat, bei anderen zu Entlassungen. Nachdem das Verschrottungsprogramm langsam abläuft, wird mit geringerer Nachfrage gerechnet, sofern es nicht verlängert wird, was jedoch vorläufig nicht in Aussicht gestellt worden ist.

Die Konjunktur sollte normalerweise weitergehen, wie es die Dynamik des Wirtschaftszyklus vorschreibt. Nach einer Rezession, die über ein Jahr andauerte, sollte jetzt eine Aufschwungsperiode von mindestens drei Jahren kommen. Indessen hat diese Gesetzmässigkeit Ausnahmen: es kann durchaus wieder ein kleiner Konjunktüreinbruch stattfinden. Ob wir jetzt nur eine Sommerpause erleben, mit allgemein geringerer Nachfrage, oder ob der sich langsam anbahnende Aufschwung abgebrochen wurde, lässt sich nicht sagen. Anfang 1995, als die Tequila-Krise einsetzte, stieg die Industrieproduktion im ersten Quartal weiter, obwohl die allgemeine Flaute schon bemerkbar war. Der Schwung der Vormonate dauerte damals weiter an. Es ist möglich, dass wir jetzt ein ähnliches Phänomen erleben.

Positiv für die Wirtschaft ist einmal die Zunahme des Erdölpreises, der sich positiv auf die Handelsbilanz, die Investitionen und die interne Nachfrage auswirkt. Ebenfalls positiv ist die höhere Ernte von Getreide und Ölsaaten, die dieses Jahr erwartet wird. Auch wirken sich allgemein die hohen Investitionen der Vorjahre zunehmend aus, ebenso die Anstrengungen, um mehr Effizienz zu erreichen und der Wirtschaft mehr neue Technologie einzuverleiben. Das starke Vordringen von Internet und E-Mail gehört auch dazu. Auch ist die Prämie für das argentinische Risiko im Ausland leicht gefallen, was sich positiv auf die Zinsen aus-

wirkt. Bis dies allerdings auf das Inland abfärbt, dürfte noch einige Zeit vergehen. Doch auf der anderen Seite bestehen negative Faktoren:

a. Der Nationalstaat berichtet für Januar um \$ 212 Mio. geringere Ausgaben, was u.a. die Verringerung der Belegschaft spiegelt, durch Beendigung von vertraglich verpflichteten Beamten und Entlassung anderer. Auch sonst hat der Staat Sparpolitik betrieben. Das alles bedeutet geringere Nachfrage.

b. Die starke Erhöhung der Einkommenssteuer für den aufstrebenden Mittelstand wirkt sich direkt auf die Nachfrage vieler Güter auf. Gerade diese Schicht wechselt oft ihr Auto und kauft neue Haushaltsartikel u.a. Waren. Da ausserdem der Kfz-Park in den letzten Jahren stark erneuert wurde und die Wagen jetzt besser und dauerhafter sind, besteht eine geringere Erneuerungsnotwendigkeit. Die Kfz-Industrie hat eine starke Breitenwirkung.

Es ist schwierig, gleichzeitig eine straffe Finanzpolitik durchzuführen und die Konjunktur anzuhetzen. Präsident De la Rúa macht sich Sorgen über die schwache Konjunktur und hat seine Mitarbeiter angewiesen, Massnahmen zu ergreifen, um dieser Tendenz entgegenzuwirken. Gewiss kann sehr vieles in diesem Sinn getan werden, wie z.B. die flexiblere Scheckordnung, die vielen Kleinunternehmen einen Stein vom Hals nimmt. Aber der Hauptimpuls der Konjunktur bestünde in niedrigeren Zinsen und mehr Kredit, also einer Zunahme der Bankdepositen, durch die mehr Vertrauen in Argentinien entstünde. Das sollte gelegentlich kommen, aber eben nicht so schnell, wie es notwendig wäre.

Ein Riesenkonflikt zwischen fünf Provinzen und Erdöl-, Gas- und Stromunternehmen

Nicht genug mit dem Konflikt, der in Tucumán vor einigen Jahren mit dem Wasserversorgungsunternehmen „Aguas del Aconquija“ (eine Tochtergesellschaft der französischen Vivendi, vormals Compagnie Generale des Eaux) entstanden ist, bei dem das Schiedsgericht der Weltbank (CIADI) Argentinien voraussichtlich wegen Vertragsverletzung (die zur Aufhebung des Vertrages führte) auf Zahlung von US\$ 350 Mio. verurteilt wird, sind jetzt Konflikte zwischen den Provinzen Neuquén, Río Negro, Chubut, Santa Cruz und Feuerland entstanden. Grundsätzlich geht es darum, dass diese Provinzen von den Unternehmen die Zahlung der Stempelsteuer (von 1% bis 1,5% des Lieferungswertes) fordern, die dort noch besteht, und die die Firmen umgangen haben, indem sie keine Lieferungsverträge unterzeichnet haben, sondern in einem Brief die Annahme der Bedingungen nur von der effektiven Zahlung abhängig machten. Formell handelt es sich nicht um einen Vertrag, der als solcher bestehen muss, um der Stempelsteuer unterstellt zu werden. Aber die Provinzen, beginnend mit Neuquén, legen ihre Stempelsteuergesetze jetzt so aus, dass auch diese Abmachungen erfasst werden.

Der Fall begann 1997 und ist jetzt auf hohe Touren gekommen. Dabei ist insgesamt von einem Betrag in der Grössenordnung von US\$ 3 Mrd. die Rede, der

sich allerdings auf über ein Dutzend Firmen aufteilt. Der Fall bezieht sich vornehmlich auf Unternehmen, die Gas fördern und auch auf die Gastransportunternehmen, und Unternehmen, die Gas beziehen, um es zu verteilen oder zur Stromerzeugung einzusetzen. Eventuell kann sich der Konflikt auf die Stromerzeuger, die entsprechenden Ferntransportunternehmen und die Verteiler ausdehnen. Obwohl der primäre Konflikt mit den Provinzen

besteht, wenden sich die betroffenen Unternehmen an den Nationalstaat, auf Grund des Abkommens über Investitionsschutz, das in den 90er Jahren unterzeichnet wurde, um den Unternehmen, die sich an den Privatisierungen beteiligen, steuerliche Stabilität zu garantieren, wobei sie angeben, dass diese Verpflichtung jetzt verletzt wird. Zwei Firmen (Enron und Endesa) haben den Fall schon dem CIADI vorgelegt. Die betroffenen Unterneh-

men haben Präsident De la Rúa eine Denkschrift zukommen lassen, in der sie vor diesen Prozessen vor internationalen Gerichten warnen und ebenfalls darauf hinweisen, dass diese Steuern zu Tarifierhöhungen führen würden. Die Bücherrevisoren haben in einigen Fällen schon die Bildung von Reserven gefordert, was in einigen Fällen den ganzen Gewinn auffrisst, so dass es keine Dividenden gibt und auch der Zugang zum Kapitalmarkt er-

INVIERTA EN DIAMANTES



KOH-I-NOOR

PREMIUM



**NUEVA LINEA DE
HELADERAS Y FREEZERS**

KOH-I-NOOR, la marca del diamante, presenta su Nueva Línea KOH-I-NOOR PREMIUM. Una completa gama de modelos de Heladeras, Heladeras con Freezers y Freezers. Frentes curvos, acabados blancos, blancos. Y toda la nobleza y confiabilidad de la tecnología alemana.

(011) 4730-0011
CENTRO
KOH-I-NOOR
DE INFORMACION
Y ASESORAMIENTO
AL USUARIO.

Fabrica y distribuye AUTOSAL S.A. Echeverría 930 (1602) - Florida - Pcia de Buenos Aires - Argentina.
Tel.: 4730-0011 - Fax: 4730-0800. Con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania.

schwert wird.

Auf alle Fälle ist dieser Megakonflikt insofern gefährlich, als er international als eine schlechte Note für Argentinien gewertet würde und somit der Senkung der Zinsmarge, die dem „argentinischen Risiko“ entspricht, entgegenwirkt. Der US-Handelssekretär William Daley äusserte bei seinem jüngsten Argentinien-Besuch seine Sorge über diesen Konflikt, der gewiss nicht angeht, die argentinisch-nordamerikanischen Beziehungen zu ver-

bessern. Auch würde sich dies negativ auf die noch ausstehenden Privatisierungen der Provinzen auswirken, vornehmlich der Elektrizitätsunternehmen von Córdoba und Santa Fé. Argentinien hat ab 1945 so oft und so tiefgreifend Verträge verletzt, legitime Interessen ausländischer Unternehmen betroffen und eingegangene Verpflichtungen nicht eingehalten, dass ein Fall wie dieser die internationale Finanz- und Unternehmerwelt sofort erschreckt.

Niedrige Fiskaleinnahmen

Die gesamten Einnahmen an Steuern, Zöllen, Sozialabgaben und Gebühren lagen im Februar mit \$ 3,74 Mrd. um 0,4% unter dem gleichen Vorjahresmonat und um 9% unter Januar. Letzteres erklärt sich, weil im Januar die Sozialabgaben auf den halben 13 Monatslohn oder -gehalt eingezahlt werden, ebenso die MwSt. auf die durch Weihnachten, Silvester und Neujahr bedingten Umsätze. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahr ist hingegen hauptsächlich durch die Konjunktur bedingt. Die Einnahmen der MwSt. lagen netto mit \$ 1,38 Mrd. um 7,8% unter Februar 1999 und um 16,5% unter dem Vormonat. Dabei war der Rückgang bei den Einnahmen, die direkt auf das Steueramt entfallen, mit 9,1%, noch grösser. Auch die Einnahmen aus der Benzinsteuern lagen im Februar um 4,6% unter dem Vorjahr. Die Einkünfte aus den internen Konsumsteuern erlitten mit einer Abnahme von 23,0% einen Zusammenbruch gegenüber Februar 1999.

Der Ausgleich wurde zum Teil durch die Zunahme der Einnahmen der Gewinnsteuer um 8,7% gegenüber dem Vorjahr, auf \$ 706,7 Mio., erzielt. Das lässt sich nicht mit der Erhöhung der Sätze erklären, da die Einbehalten im Februar noch unverändert blieben. Es handelt sich zur Hauptsache offensichtlich um eine bessere Erfassung dieser Steuer. Ebenfalls fand eine anormal hohe Zunahme bei der Steuer auf persönliches Vermögen statt, die jedoch mit dem Zahlungstermin zusammenhängt. Die Sparte „Andere Steuern“ weist eine Zunahme von 57% aus, wobei hier die Kfz-Steuer für den Lehrerfonds ins Gewicht fällt, die ausserordentlichen Charakter hat.

Die Fiskaleinnahmen befinden sich unter dem Plansoll des Budgets 2000. Die Regierung erwartet, dass das neue Steuerpaket sich ab März voll auswirkt, und dass die Sondermassnahmen, die im Gesetzesprojekt enthalten sind, das sich auf die Erfassung der Hinterziehung bezieht, gelegentlich auch wirksam werden.

Aerolineas Argentinas und die Deregulierung

Die Menem-Regierung war letztes Jahr durch ein Dekret dem Abkommen über Deregulierung der Luftfahrt (im Fachjargon als „freie Himmel“ bekannt) im Jahr 2003 beigetreten, das 45 Staaten schon unterzeichnet haben, wobei jedoch Mexiko ein Sonderabkommen geniesst. Die De la Rúa-Regierung hat diese Entscheidung zurückgenommen. Der US-Handelssekretär William Daley kritisierte diese neue Einstellung, und der Unterstaatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten, Alan Larson, hat diese Woche in die gleiche Kerbe gehauen. Die Entscheidung trifft mit einer kritischen Lage von Aerolineas Argentinas zusammen, die durch die Deregulierung noch verschärft werden würde. Denn Aerolineas

hat trotz Privatisierung das Privileg der „Flaggenlinien“, was bedeutet, dass es Anrecht auf bestimmte Strecken hat, wobei diese anderen Gesellschaften nur fallweise gewährt werden. Bei voller Deregulierung verliert Aerolineas diesen Vorteil. Zuerst muss die Regierung eine Lösung für Aerolineas finden, die einen Schuldenberg von rund US\$ 800 Mio. angesammelt hat und allein 1999 einen Verlust von US\$ 120 Mio. ausweist. Monatlich verliert AA um die US\$ 25 Mio. Aerolineas steht knapp vor dem Zusammenbruch, der durch die Deregulierung, die schärfere Konkurrenz bedeutet, noch beschleunigt werden würde.

Aerolineas wird gegenwärtig von der spanischen Staatsholding

SEPI (Sociedad Estatal de Participaciones Industriales) kontrolliert. American Airlines, die zeitweise die Leitung übernommen hat, ist wieder ausgestiegen, nachdem sie sich nicht bereit erklärte, die Altschuld voll zu übernehmen. Spanien ist angeblich bereit US\$ 70 Mio. beizusteuern, um Aerolineas am Leben zu erhalten, bis eine integrale Lösung gefunden wird, die grundsätzlich in einer Trennung der Schuld von dem Luftfahrtunternehmen als solches bestehen muss. Die spanische Regierung will einen Zusammenbruch von AA vermeiden, weil dies sich sehr negativ auf Iberia auswirken würde, die sich auch nicht im besten Zustand befindet. Aber Spanien fordert, dass Argentinien nicht nur im Verhältnis zum Kapitalanteil von 5% beiträgt, was für die argentinische Regierung ein Budgetproblem darstellt. 5% von US\$ 70 Mio., also US\$ 3,5 Mio. wären kein Problem; aber das ist eben nur eine sehr kurzfristige Lösung, wobei der Betrag vergeudetes Geld wäre, wenn keine langfristige Lösung gefunden wird.

Aerolineas kann nur überleben, wenn die Schuld vom spanischen und dem argentinischen Staat übernommen wird, zumindest zum grössten Teil. Sonst geht die Rechnung einfach nicht auf. Das ist jedoch ein harter Brocken. Die andere Alternative ist, dass Aerolineas einfach verschwindet. Das ist für Argentinien ein politisches Problem, weil dadurch nationale Gefühle verletzt werden. Beim internationalen Flugverkehr würde

die Lücke reibungslos gefüllt werden, da andere Gesellschaften mühelos zusätzliche Flugzeuge einsetzen würden. Was den Binnenverkehr betrifft, so würden wohl andere Gesellschaften die Flugzeuge und vor allem die Flugverbindungen übernehmen. Bei freien Himmeln könnten wohl auch andere internationale Gesellschaften den Binnenmarkt bedienen. Aber die privaten Fluggesellschaften, die sich in den letzten Jahren im Schatten hoher Tarife von Aerolineas und Austral gut entwickelt haben, würden sofort einen grossen Sprung machen, so dass auch dieses Problem gelöst würde.

Die Regierung hat auf alle Fälle schon einen Notplan ausgearbeitet, für den Fall, dass die Aerolineas-Binnenflüge ausfallen.

Juan José Guiraldes, Offizier der Luftwaffe i.R., ehemaliger Aerolineas-Präsident und guter Kenner der Materie, regte in einem Artikel in „La Nación“ die Bildung einer lateinamerikanischen Fluglinie an, die durch Fusion der bestehenden nationalen Linien gebildet würde, um auf diese Weise ein Unternehmen mit einer Dimension zu bilden, die es konkurrenzfähig macht. Das ist theoretisch gesehen kein schlechter Gedanke; aber in der Praxis ist es einmal schwer, die einzelnen Staaten davon zu überzeugen, und zweitens kostet dies Geld, da die Sanierung von Aerolineas die Voraussetzung ist, und Spanien dann womöglich Argentinien noch stärker zur Kasse bitten würde.

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Die Jahreszinssätze der wichtigen Banken für Frsteinlagen auf 30 Tage lagen in der Berichtswoche für Pesos zwischen 5,65% und 7%, für Dollar zwischen 4,75% und 5,5%.

Der Mervalindex stieg in der Berichtswoche zum Donnerstag um 0,5% auf 639,37, der Burcapindex um 1,7% auf 1.192,36 und der Börsenindex fiel 1,3% auf 21.375,50.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) stieg in der Berichtswoche um 2,6% auf \$ 0,7760.

Die Gold-, Devisen- und Anlagereserven der ZB betragen zum 28. \$ 25,03 Mrd., der Banknotenlauf \$ 13,92 Mrd. Vor einer Woche waren es \$ 25,86 Mrd. bzw. 14,17 Mrd., vor einem Monat \$ 24,84 Mrd. bzw. 14,48 Mrd.

Das Amt für Öffentliche Einnah-

men (AFIP) hat ein Gerichtsverfahren beantragt, mit der Angabe, dass die Firma Hamburgo System, die Lieferantin der Supermarktkette Carrefour ist, in dieser elektronische Sony-Geräte bei einer missbräuchlichen Ausnützung von Steuerbegünstigungen vermarktet hat. Carrefour dementierte die Nachricht, nach der sie belangt werden könnte. 1997 bis 1999 habe sie von Hamburgo System Geräte der Marke Sony für \$ 306.000 erworben. Im gleichen Zeitraum habe sie von anderen Lieferanten elektronische Geräte für US\$ 260 Mio. gekauft.

3 Unternehmen aus Buenos Aires, 1 aus Corrientes und ein spanisches sind an der Privatisierung der Wasserver- und -entsorgung der Provinz Tucumán interessiert. Produktionsminister Figueroa erklärte, am 20.3 würden die Bedingungen für die Privatisierung fertiggestellt sein, am 15.9. der Zuschlag und am 1.10.00 die Übernahme erfolgen. Vivendi (vormals Compagnie Generale des Eaux) ist von ihrem 30jäh-

Die neuen Scheckbestimmungen

Die neuen Anordnungen, die bei der Ausgabe von Bankschecks zahlungswilligen Kontoinhabern die Handhabung erleichtern und die Banken zu schärferen Kontrollmassnahmen zwingen wollen, sind in Kraft. Durch die ZB-Mitteilung „A“ 3075 soll ausserdem Bankkunden, die das Recht auf ein Bankkonto verloren haben, der erneute Eintritt in das Banksystem erleichtert werden.

Im Februar wurden nach dem alten System 5.157 Konten gesperrt, um 64% mehr als im gleichen Vorjahresmonat. Bei der Zurückweisung ausgestellter Schecks werden die Neuerungen sofort spürbar sein. Denn nun besteht eine Frist von 15 Tagen um die Mittel für einen ungedeckten Scheck zu deponieren, bevor er als zurückgewiesen verbucht wird. Bisher musste die Bank, bei der der Scheck vorgelegt wurde, die Zentralbank unmittelbar über die Zurückweisung benachrichtigen, was dem Kontoinhaber keine Möglichkeit gab, den Scheck zu honorieren. Hier wird zahlungswilligen Bankkunden die Möglichkeit gegeben, ihr Konto unbeeinträchtigt weiterzuführen.

Mit Ausstellern, die ihre Schecks nicht decken, wird härter vorgegangen. Fünf zurückgewiesene Schecks, ohne jede Begrenzung des Zeitraumes, bringen eine fünfjährige Sperrung des Bankkontos mit sich. Nach dem bisherigen System wurde das Konto nur nach fünf zurückgewiesenen Schecks in einem Kalenderjahr gesperrt. Vier ungedeckte Schecks in einem Jahr beeinträchtigten die Kontoführung nicht.

Ein weiterer Vorteil für zahlungswillige Bankkunden ist, dass sie nun ein Konto jederzeit neu eröffnen können, ohne gesetzliche Fristen abwarten zu müssen. Selbstverständlich müssen alle ausgestellten Schecks, einschliesslich der Verzögerungszinsen, soweit diese verhängt wurden, und 4% Strafe auf den Betrag jedes zurückgewiesenen Schecks, bezahlt sein.

Die neue Bestimmung beschränkt sich nicht nur auf den Scheckverkehr. Nun müssen auch alle Unternehmen mit 50 bis 100 Beschäftigten Löhne und Gehälter auf ein Sparkassenkonto einzahlen. Zusätzlich können die Arbeitnehmer ab dem 31. März frei wählen, in welcher Bankfiliale sie ihre Entlohnung kassieren. Diese Wahl war bisher dem Arbeitgeber vorbehalten.

Seit der Einführung der pflichtgemässen Lohn- und Gehaltszahlung über Banken wurden von 25.075 Unternehmen, alle mit 100 oder mehr Arbeitnehmern, mehr als 4,1 Mio. Konten eröffnet. Nun kommen die Firmen mit ab 50 Arbeitnehmern dazu.

rigen Konzessionsvertrag im September 1998 zurückgetreten.

Die WHO hat den Antrag Brasiliens zurückgewiesen, eine Kommission zu bilden, um die Rechtmässigkeit der argentinischen Schutzmassnahmen gegen Textileinfuhren zu prüfen. Brasilien will in dieser Frage die nächste WHO-Instanz anrufen.

Im Januar wurden 45.168 Kfz zugelassen, um 12,9% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Wie Adefa, der Verband der Kfz-Fabriken, weiter bekannt gab, betrug die Zunahme gegenüber dem Vormonat wie gewohnt rd. 70%.

Calzar, die Sportschuhfabrik von Alpargatas in Santa Rosa, La Pampa, ist im Strukturplan des Unternehmens eingeschlossen, wird jedoch nicht geschlossen. Seit 2 Jahren ist die Mehrzahl der Arbeitnehmer im Rahmen der Firmenkrise suspendiert. Der Strukturplan sucht u.a. die Umschuldung bei der Banco La Pampa vor.

Infrastrukturminister Gallo gab die Ausschreibung einer zusätzlichen Brücke zwischen Resistencia, Chaco,

und Corrientes für Ende März bekannt. Die Investition von US\$ 180 Mio. soll durch eine Mautkonzession finanziert werden. Die bestehende Brücke ist 1.800 m lang und 80 m hoch. Die Provinz El Chaco hat die Genehmigung für den Bau bereits erteilt, jene von Corrientes steht noch aus.

Die Privatwirtschaft hat es in diesem Jahr schwerer, sich zu finanzieren. Bisher wurden Obligationen für US\$ 1,34 Mrd. untergebracht, um 50% weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Ausgeber ging von 53 auf 32 zurück, die durchschnittlichen Laufzeiten von 25 auf 10 Monate, wie die Capital Stiftung bekanntgab.

Die brasilianischen Hütten, die des Dumping bei Kaltwalzprodukten beschuldigt wurden, haben sich dem Industrie- und Handelssekretariat gegenüber verpflichtet, ihre Liefermengen und den Marktanteil von 1998 und 1999 nicht zu überschreiten.

Durch Beschluss 92/2000 (Amtsblatt vom 29.2.2000) wurden die Bedingungen für die Verteilung der Rindfleischimportquote der USA

Reformprojekt über Arbeitsrisikoversicherung

Die Allianzfraktion im Abgeordnetenhaus hat eine Vorlage zur Änderung der Arbeitsrisiko-Gesetzgebung eingebracht. Die wichtigsten der vorgeschlagenen Neuerungen sind:

- Die Auszahlung der Entschädigungen in Monatsraten wird abgeschafft. Der festgesetzte Betrag, der um 40% bis 130% über den bisherigen liegt, muss, als Minimum \$ 110.000 und als Maximum \$ 280.000, sofort bar bezahlt werden. Bisher galt bei den Entschädigungen als Obergrenze \$ 110.000.

- Während der vorübergehenden Arbeitsunfähigkeit erhält der Arbeitnehmer 100% seiner Durchschnittsentlohnung einschliesslich aller zusätzlichen Bezüge. Derzeit erhält er 70%.

- Die Erben erhalten die Entschädigungen für den Todesfall. Bisher erhalten sie nur der Ehepartner und minderjährige oder körperbehinderte Kinder.

- Wenn der Unfall entstanden ist, weil das Unternehmen Sicherheitsvorschriften nicht befolgt hat, kann es mit bis zu \$ 100.000 bestraft werden. Bisher war es bis \$ 30.000. Ausserdem werden für die Versicherungsgesellschaften und die Unternehmen Strafen von \$ 1.600 bis \$ 160.000 festgelegt, wenn sie ihren gesetzlichen Verpflichtungen nicht nachkommen.

- Wenn die Unfallquote in einem Unternehmen über dem Branchendurchschnitt liegt, muss dieses im Garantiefonds 10% bis 50% der Entschädigungsbeträge hinterlegen.

- Die geschlossene Liste der Berufskrankheiten wird abgeschafft und gegen die Entscheidungen der Ärztekommisionen kann bei Arbeitsgerichten Berufung eingelegt werden.

- Der geschädigte Arbeitnehmer oder seine Familienmitglieder können ein Zivilgericht anrufen, wobei die von der Arbeitsrisikoversicherung bezahlten Entschädigungen als Akontozahlung der vom Gericht bestimmten Entschädigung anzusehen sind. Die Unternehmen können dafür eine zusätzliche Versicherung verpflichten.

- Die Unternehmen erhalten erweiterte Möglichkeiten, sich durch Schaffung von Genossenschaften selbst zu versichern.

- Die Arbeitsrisikogesellschaften haften nun solidarisch für durch Nichterfüllung seitens der bei ihnen versicherten Unternehmen erlittene Schäden des Arbeitnehmers, wenn diese Haftung im Gesetz nicht vorgesehen ist.

für das 1. Halbjahr 2000 festgesetzt.

80% wird im Verhältnis zu den Exporten der letzten drei Jahre verteilt; dabei werden die letzten zwei Jahre mit 40% dieser 80% angerechnet und das dritte nur mit 20%. 6% werden regional verteilt, also gemäss dem Rinderbestand der einzelnen Provinzen. 8% wird gemäss der Beschäftigung verteilt, die die Schlachthäuser schaffen. 6% wird zwischen gemeinsamen Projekten von Exportschlachthäusern und Verbänden von Viehzüchtern verteilt. Komplizierter hätte die Aufteilung nicht sein können. Es dürfte grosse praktische Schwierigkeiten geben, um dieses Verfahren effektiv in Zahlen umzusetzen. Nachdem Landwirtschaftssekretär Berhongaray bei der Fischerei das Quotensystem schon durch die Ausschreibung ersetzt hat, und er seinerzeit als Senator ein Projekt einbrachte, nachdem die Hilton-Quote durch Ausschreibung oder Versteigerung zugeteilt werden sollte, ist dieser Beschluss unverständlich.

Im Ministerium für Infrastruktur und Wohnungsbau macht man sich grosse Sorgen über die Postkonzession, nachdem der Konzessionär (SOCMA, der Holding der Macri-Gruppe) die Gebühren von US\$ 103 Mio. jährlich nicht bezahlt. Macri will eine Senkung der Gebühr auf US\$ 60 Mio., womit er leicht über Ange-

boten anderer Gruppen stünde, die sich bei der Privatisierung gemeldet haben. Es ist jedoch legal kaum möglich, dies rückwirkend zu verfügen. Es müsste eine neue Ausschreibung geben, bei der es jedoch kaum so viel Interesse wie bei der ersten geben würde, so dass der Staat eventuell noch weniger kassieren würde. Die ehemalige Staatspost zahlt Gehälter, die laut Arbeitsabkommen um etwa 30% über denjenigen der Konkurrenz liegen, und hat kein Privileg mehr, nachdem auch die „Dokument-Briefe“, die exklusive Einnahmen von etwa \$ 30 Mio. jährlich darstellten, dereguliert wurden und von der Konkurrenz auch geliefert werden. Der Postverkehr konkurriert zunehmend mit Fax und E-Mail, so dass das Geschäft schwieriger wird.

Trotz der von den Provinzen eingegangenen Verpflichtungen über die Obergrenze ihrer Beteiligungen an Bundessteuern, fordern sie nun zusätzlich \$ 2,3 Mrd. vom Staat. Es handle sich, wie sie anführen, um angesammelte Nichterfüllungen von Zusagen der letzten Regierung; Einbehaltungen durch ein Notstandsdekret im Jahr 1999, Nichterfüllung von Geheimankommen, die zusammen mit den Fiskalpakten von 1992 und 1993 unterzeichnet wurden sowie Nichtüberweisungen von Steuerbeteiligungen aus Moratorien.

Das Aluminiumunternehmen Aluar erwägt den Börsengang an der Wall Street für 2001. Es sollen US\$ 1,3 Mrd. für den Bau einer zusätzlichen Aluminiumfabrik in Patagonien aufgenommen werden. Aluar will in den nächsten 5 Jahren US\$ 2 Mrd. investieren. Die Aluminiumgiesserei soll von Buenos Aires nach Puerto Madryn verlegt, die dort befindliche Aluminiumproduktion bis Ende 2003 um 40% von 260.000 Jato auf 385.000 Jato erhöht und das Greenfield benannte Vorhaben, die neue Fabrik, umgesetzt werden. Im letzten Geschäftsjahr zum 30.3.99 hat Aluar \$ 500 Mio. umgesetzt und \$ 72 Mio. verdient. Für 2000 wird \$ 100 Mio. Gewinn angepeilt.

Argentinien und Brasilien haben sich über die Unterzeichnung eines landwirtschaftlichen Sanitätsabkommens geeinigt, sowie über die Schaffung eines Systems für den gegenseitigen Warenaustausch, ein gemeinsames Marketing mit der Marke Mercosur und den gemeinsamen Kampf gegen Agrarsubventionen. Bei der Verhandlung zwischen dem argentinischen Landwirtschaftssekretär Berhongaray und dem brasilianischen Landwirtschaftsminister Pratin de Moraes wurde ausserdem vereinbart, dass Brasilien keine Quoten für argentinischen Reis festsetzen würde, dass die Unternehmer beider Staaten jedoch Abkommen treffen müssten, um zu vermeiden, dass die Ausfuhr aus Argentinien mit der Ernte in Brasilien zusammentreffen, was dort einen Preisverfall hervorrufen würde. Zum Schutz der Schweinezucht schlug Argentinien die Erhöhung des gemeinsamen Zolls von 15% auf 35% vor, die Brasilien im Prinzip annahm.

Die Kammer der kleinen Flaschengasunternehmen, Cipmegas (Cámara de Interior de Pequeñas y Medianas Empresas Fraccionadoras, Envasadoras y Comercializadoras de Gas), hat Repsol YPF monopolistischer Massnahmen bezichtigt. In einem Kommuniqué der Kammer heisst es, seit dem 14.2.00 habe Repsol YPF SA, der grösste Erzeuger und Lieferant von Flaschengas des Landes, unerwartet und drastisch die Engrosspressgaslieferungen an alle kleinen und mittelständischen Unternehmen der

Branche verringert.

Für den Finanzierungsbedarf des 2. Quartals hat die Wirtschaftsführung den Globalbond auf 20 Jahre, durch die Unterbringung von US\$ 282,8 Mio. auf US\$ 1,28 Mrd. erweitert. Der am 17.2.99 ausgegebene Bond schliesst die Erweiterungsmöglichkeit um 50% des Nennwertes ein. Der Ausgabepreis betrug 101,11%, der Jahreskupon 12,12%, was eine Rendite von 11,71% ergibt.

Die Regierung will den Vertrag mit Siemens über die Ausstellung der Personalausweise DNI (Documento Nacional de Identidad) ändern, der auch die Einrichtung eines modernen Informatiksystems an den Grenzübergängen und die Automatisierung des Personenregisters, sowie die Anfertigung der Wählerlisten umfasst. Dabei soll die MwSt. auf die Dokumente abgeschafft werden und ausserdem die vertragliche Pflicht, das Dokument per Post zuzuschicken, aufgehoben werden, was gewiss keine Komplikation ist. Diese beiden Punkte würden eine Senkung des Preises von \$ 30 auf \$ 20 gestatten.

Anlässlich der Amtseinführung von Ignacio Warnes als Leiter der Überwachungsbehörde für das Versicherungswesen erklärte Wirtschaftsminister Machinea, der argentinische Versicherungsmarkt könne in wenigen Jahren um 400% bis 600% auf den Stand in anderen Staaten wachsen. In den USA würden die Lebensversicherungen 4% des BIP ausmachen, in Italien 2,7%, in Spanien und Chile 2,5% und hier nur 0,5%. Mit Warnes trat auch César Deymonnaz sein Amt als Unterstaatssekretär für Finanzdienstleistungen an. Am Vortag hatte Adrian Capone die Leitung der Liquidierung des Rückversicherungsinstitutes INDeR übernommen.

Kurz nach seinem Amtsantritt als Unterstaatssekretär für Finanzdienstleistungen erklärte C. Deymonnaz, die Regierung wolle eine übergeordnete Kontrollbehörde für den Kapitalmarkt schaffen. Dazu müssten Gesetze über das öffentliche Angebot von Unternehmen und Finanzanstalten geändert werden. Von der Behörde würde die Wertschriftenkommission, und die Überwachungsbehörden für das Versicherungswesen, die privaten Rentenkassen AFJP und die Finanzanstalten abhängen. Die Behörde soll nach einer eingehenden Studie des Kapitalmarktes geschaffen werden, wozu die Regierung unabhängige Beauftragte verpflichten werde. Der Strukturplan für den neuen Kapitalmarkt, der die Börse und den Offenen Elektronischen Markt (MAE) beeinflussen wird, würde in 8 Monaten fertiggestellt sein und zumindest die 1. Etappe 2001 begonnen werden. Auf Anfrage erklärte sein unmittelbarer Vorgesetzter, Finanzsekretär D. Marx, eine derartige Behörde sei kurzfristig nicht vorgesehen.

Gewinnzunahme bei Repsol YPF

Das spanische Erdölunternehmen hat für 1999 einen Nettogewinn nach Steuern von US\$ 1,02 Mrd. bekanntgegeben, um 16% mehr als im Vorjahr, und um einige Punkte mehr, als von Experten vorausgesagt worden war. Firmenpräsident Cortina sagte für 2000 einen um 50% grösseren Gewinn voraus, falls keine unvorgesehenen Ereignisse eintreten.

Die Nettogewinnzunahme ist auf das um 59% grössere operative Ergebnis zurückzuführen, das US\$ 2,65 Mrd. erreichte. Dazu trug die Eingliederung von YPF SA bei, sowie die gesteigerte Erdölförderung und die gestiegenen Weltmarktpreise, die den höchsten Stand des letzten Jahrzehntes erreicht haben. Die meisten Unternehmensbereiche wiesen durch diese Steigerung im letzten Quartal bedeutende Gewinnzunahmen aus. Nur die Geschäftsbereiche Raffinerie, Vertrieb und Chemie verzeichneten einen Rückgang um 28%, vorwiegend weil die höheren Rohölpreise nicht auf die Verkaufspreise von Benzin und Dieselöl abgewälzt wurden.

Im zweiten Halbjahr 1999, nach der Akquisition von YPF SA, erzielte das Unternehmen einen Gewinn von US\$ 732 Mio., um 69% mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Das Ergebnis des letzten Jahresquartals, wies unter dem Einfluss der Ölpreissteigerung im Vorjahresvergleich eine Verdoppelung des operativen Ergebnisses auf US\$ 996 Mio. aus und einen um 77% grösseren Nettogewinn von US\$ 431 Mio.

Anschliessend wurde auch die Bilanz 1999 der argentinischen YPF bekanntgegeben. Der Gewinn betrug US\$ 767 Mio., um 32% mehr als zum 31.12.1998. Nach Abzug ausserordentlicher Ergebnisse, wie Umstrukturierungen strategischer Aktiven und Belastungen der weltweiten Repsol-YPF-Gruppe, verbleibt ein Gewinn von US\$ 477 Mio.

Der Bilanzbericht an die Börse von Buenos Aires führt weiter aus, dass sich das Unternehmen im 2. Halbjahr, anlässlich der vorteilhaften Preisentwicklung, günstig entwickelt habe. Der durchschnittliche Rohölpreis stieg von US\$ 14,45 per Barrel 1998 um ein Drittel auf US\$ 19,25, was einschliesslich erzielter Kostenverringereungen und grösseren Erdgasverkäufen den operativen Gewinn in 12 Monaten von US\$ 1,15 Mrd. auf 1,53 Mrd. erhöhte.

Mit einem Investitionsplan von US\$ 200 Mio. begann das Wasserkwerk Aguas Argentinas die Verlegung von 2 grossen Rohrleitungen mit 3 m Durchmesser und insgesamt mehr als 40 km Länge für die Aufnahme des Regenwassers, das derzeit über Bäche wie der Vega, Medrano und Riachuelo in den La Platastrom abfließt und ähnliche Flusswasserverseuchungen wie Kloakenabwässer verursacht. Die Arbeiten sind Teil des allgemeinen Sanierungsplanes, für den bis 2003 mindestens US\$ 1 Mrd. verpflichtet ist und sollen 2004 fertiggestellt sein. Die zu errichtende Kläranlage ist nahe dem E-Werk Costanera und der ehemaligen U-Bootwerft Almirante Storni vorgesehen. Das gesäuberte Regen- und Abwasser wird durch eine weitere Rohrleitung erst 7 km von der La Plataküste entsorgt.

Ex-Präsident Menem ersuchte nach einer Besprechung mit einigen Senatoren der PJ-Fraktion und dem Führungskader des Gewerkschaftsbundes CGT die Senatoren der PJ-Fraktion öffentlich, für das neue Arbeitsgesetz zu stimmen, das vom Abgeordneten aus bereits angenommen wurde. Im Senat hat die PJ die Mehrheit.

Im Februar waren Aktien die erfolgreichste Anlage. Der Mervalindex legte 11,5% zu, mehr als die Börse von S. Paulo, die 7,8% und Wall Street, die 7,4% Gewinn verzeichneten. In diesem Jahr hat der Mervalindex bereits 15,9% gewonnen. Auch Staatspapiere verbesserten ihre Position, wie die Bradybonds mit flexiblen Zinssätzen, die 5,9% zunahm. Die Aktien der Transportadora de Gas del Sur legten im Februar 20,1% zu, vor Telefónica 19,1% und Pérez Companc 18,1%. Den grössten Rückgang verzeichnete Renault mit -9,2%.

Wirtschaftsminister Machinea versicherte US-Unterstaatssekretär Larson, dass das Gesetz, das ab dem 24.10. zur Zahlung der Patentgebühren für Medikamente verpflichtet, befolgt werden wird.

Die Arcorgruppe hat ihre Fertiigung von gewalztem Polyvinylchlorid an Klöckner Pentaplast of America Inc., dem weltweit grössten Hersteller von hartem Kunststoff-Film verkauft. Arcor hatte nur 8% seiner Produktion in Villa del Tortoral, Provinz Córdoba, für den Eigenbedarf verwendet.

Nach dem erfolglosen Versuch, in der argentinischen Nahrungsmittelindustrie durch den Kauf von Moli-

Konkurse und Vergleichsverfahren

(in Pesos)

	1998	1999
März	83.737.695	65.728.180
Apr.	207.403.411	121.580.546
Mai	52.516.568	179.126.403
Juni	107.698.425	41.909.811
Juli	22.915.851	3.849.203
Aug.	37.593.175	67.863.370
Sep.	37.996.155	44.575.111
Okt.	85.853.765	40.291.535
Nov.	96.961.488	69.440.608
Dez.	41960.030	78.796.238
	1999	2000
Feb.	26.357.337	109.596.150

nos Fuss zu fassen, hat der US-Investmentfonds Hicks, Muse, Tate & Furst, zusammen mit Emergen Genetic, das argentinische Saatgutunternehmen Prodesem erworben, das hier bei Weizenansaat 35% Marktanteil hat. Der Marktanteil bei Vogelfutter, Mais und Sonnenblumen ist geringer doch hat die Firma im Vorjahr die chilenische Indusem erworben, wodurch sie bereits regional bedeutend ist.

Die im Amtsblatt vom 31.1. veröffentlichten Bestimmungen über Geflügeleinfuhren sind in Kraft. Nach der Norm der Senasa (Amt für Vieh- und Pflanzensanität) darf Geflügel nur aus Staaten eingeführt werden, in denen es keine Newcastle-Krankheit gibt, was Brasilien ausschliesst. Brasilien behauptet, dass dort seit 1995 keine Fälle dieser Krankheit gemeldet wurden und dass es bei der zuständigen internationalen Körperschaft die diesbezügliche Unbedenklichkeitserklärung beantragt hat. Die Geflügelzüchter aus der Provinz Entre Ríos behaupten, dass das brasilianische Geflügel gesundheitsgefährdend ist und zu Dumpingpreisen angeboten wird.

Ab April werden die Quoten für die Einheitssteuer erhöht, für die niedrigste Kategorie von \$ 73 auf \$ 88 monatlich und für die anderen um \$ 7. Diese Zunahme betrifft 850.000 eingetragene Steuerzahler. Ausserdem werden ab April \$ 20 der Quote für das Sozialwerk bestimmt. Wenn auch die Familie gedeckt werden soll, müssen weitere \$ 20 gezahlt werden. Dann wird von der Monatsquote der Teil nicht mehr berücksichtigt, der als persönlicher Beitrag galt (für das Staatssystem oder das private). Diejenigen, die die Einheitssteuer zahlen, erhalten bei der Pensionierung nur \$ 200 monatlich. Um mehr zu bekommen, müssen sie mindestens \$ 33 zusätzlich zahlen. Als Neuheit für Einheitssteuerzahler der 4 oberen Kategorien wird gefordert, dass sie 2 bis 4 An-

gestellte haben. Das ist für viele nicht erfüllbar, so dass sie aus diesem System ausscheiden müssen. Die Angestellten eines Einheitssteuerzahlers zahlen jetzt \$ 30, statt vorher \$ 33; aber sie verlieren das Recht auf Arbeitslosenversicherung und werden nur eine Grundrente von \$ 200 monatlich erhalten. Wollen sie eine bessere Rente (oder eine private), müssen sie \$ 33 zusätzlich zahlen. Der Arbeitgeber muss für jeden Angestellten jetzt \$ 50 zahlen, statt vorher \$ 39,60. Wenn zwei oder mehr aufeinanderfolgende Quoten nicht gezahlt werden, besteht eine Busse von 100%.

Der Konflikt mit der Konzession der ehemaligen staatlichen Post spitzt sich zu. Der Konzessionär SOCMA (Macri-Gruppe) hat bisher die Gebühren von \$ 103 Mio. jährlich nicht bezahlt. Das Ministerium für Infrastruktur und Wohnungsbau hat der Firma eine Mahnung zukommen lassen, in der sie die Zahlung einer Halbjahresrate der Gebühr fordert. Das Unternehmen hat daraufhin geantwortet, dass es die Gebühren bezahlt habe, wobei nur \$ 15 Mio. fehlten. Die Firma steht auf dem Standpunkt, dass die Regierung aus der Zeit vor der Privatisierung dem Unternehmen einen Betrag schuldet, der die Gebühr etwa ausgleicht. Ausserdem soll sich die Regierung verpflichten haben, das Problem zu lösen, das in der Benachteiligung dieses Unternehmens in Bezug auf Löhne und Arbeitsbedingungen besteht, da der „Correo Argentino“ 60% mehr zahle als die Konkurrenzunternehmen. Allein, im Konzessionsvertrag steht nichts über diesen Punkt, und auch nicht über eine Kompensation von Schulden des Staates mit Forderungen wegen der Gebühr. Macri gewann die Ausschreibung, weil er die doppelte Gebühr als andere Firmen bot, ohne dies an Bedingungen zu binden, die nach seiner Meinung bestehen. Francisco Macri erklärte sich jetzt bereit, die Konzession aufzugeben. Der Staat müsste dann eine neue Ausschreibung durchführen, bei der angeblich

OCA der Hauptinteressent wäre. Andererseits hat Macri Gespräche mit Juan Navarro, von Exxel (Besitzerin von OCA) aufgenommen, um eventuell ein Gemeinschaftsunternehmen zu bilden.

Der Kongress hat zum zweiten Mal das Gesetzesprojekt über „Habeas data“ nicht termingemäss behandelt, so dass es als neues Projekt eingebracht werden muss. Es handelt sich um die Erfüllung eines Mandates der neuen Verfassung. Grundsätzlich geht es darum, dass die Firmen und Institutionen, die Angaben über Personen und Unternehmen an Dritte vergeben, diese zuerst an die Betroffenen leiten müssen, damit diese Einspruch erheben können. Wenn die Meldung trotzdem weitergegeben wird, dann macht sich derjenige, der die Information weiterleitet, strafrechtlich dafür verantwortlich. Ebenfalls sieht das Projekt vor, dass ungünstige Informationen nach fünf Jahren nicht mehr verbreitet werden dürfen. Das Gesetz war vom Senat verabschiedet worden, wurde in der Deputiertenkammer geändert und ging zurück an den Senat, wo es einfach liegen blieb.

Die Firma Alpargatas, die 1999 einen Umsatz von \$ 220 Mio. ausweist, hat Schulden von fast US\$ 640 Mio. Letztes Jahr hat sie mit einer Gruppe von 33 Banken eine Schuldenkapitalisierung vereinbart, durch die US\$ 400 Mio. für 93 % des Kapitals getauscht werden. Die Wertpapierkommission fordert, dass 85% des Kapitals und der Obligationen damit einverstanden sind. Die Internationale Finanzkörperschaft (eine Weltbanktochter) hat eine Forderung von US\$ 75 Mio., der Investmentfonds Newbridge eine von US\$ 40 Mio., und jetzt kommt der US-Fonds Farallon hinzu, der Schuldscheine von Alpargatas für US\$ 30 Mio. erworben hat.

Die gesamten Bankkredite an den Privatsektor sind seit 18 Monaten nicht gestiegen. Per Ende Febru-

ar betrug das Kreditvolumen \$ 65,2 Mrd., etwas weniger als im August 1998 mit \$ 66 Mrd.

Industrie-, Handels- und BergbauSekretärin Giorgi gab Erklärungen über die Investitionspläne von US\$ 1,25 Mrd. in über 5 Jahren der kanadischen Barrick Gold im Pasqua-Lama Vorkommen ab. Bis 2002 sollen US\$ 950 Mio. investiert werden, in der nächsten Etappe weitere US\$ 300, in der für Bau- und Förderungsarbeiten 5.000 Arbeitsplätze geschaffen würden. Die Investition erfolgt im Rahmen des argentinisch-chilenischen Bergbauabkommens. Die notwendigen Gesetze befänden sich in den Parlamenten beider Staaten. Die vorgesehenen Gesamtinvestitionen betragen rd. US\$ 20 Mrd. Die vom argentinischen Senat und der Kommission des Abgeordnetenhauses bereits gebilligte Gesetzesvorlage soll im April verabschiedet werden. In Chile wurde die entsprechende Vorlage bereits von den Abgeordneten gebilligt und kommt im April in den Senat.

Präsident de la Rúa hat das Dekret 257 um 4 Monate verlängert. Es sieht Vergütungen von 10% für Hersteller von Landwirtschaftsmaschinen vor, die die Preise ihrer Erzeugnisse um den gleichen Betrag senken.

Die Provinzen Chubut, Jujuy und Formosa haben sich dem Umschuldungsplan angeschlossen, der Teil der gegenseitigen Verpflichtungen ist, die zwischen Staat und Provinzen am 6.12.99 vereinbart wurden. Die 3 Provinzen erhalten \$ 412 gegen die Verpflichtung zu Massnahmen, die ihr Defizit um 58% senken sollen. Bisher konnte die Wirtschaftsführung mit den Provinzen Catamarca, Rio Negro, Tucumán und Feuerland Abkommen unterzeichnen, denen zufolge sie \$ 661 Mio. erhalten und ihre Vorjahresdefizite im Durchschnitt um 82% verringern müssen.

Die Erdgas-Verteilungsunter-

PREISENTWICKLUNG										
Änderung in Prozenten I: gegenüber Vormonat, II: gegenüber Vorjahr										
Monat	Konsumentenpreise		Grossistenpreise (Allgemein)		Grossistenpreise: national				Baukosten	
	I	II	I	II	Nichtlandwirtschaftlich		Landwirtschaftlich		I	II
1999										
Januar	0,5	0,5	-0,5	-5,5	0,0	-0,4	-5,6	-16,6	0,3	0,2
Februar	-0,2	0,0	-0,8	-6,5	0,0	-0,4	-2,2	-19,4	0,3	0,6
März	-0,8	-0,6	0,2	-6,2	-0,7	-0,7	-0,2	-19,1	-0,3	0,7
April	-0,1	-0,7	0,9	-5,4	0,0	-1,1	3,6	-17,2	-0,4	0,2
Mai	-0,5	-1,2	0,0	-5,2	0,0	-1,1	-2,5	-20,0	-0,2	0,1
Juni	0,0	-1,3	-0,1	-5,2	-0,3	-1,4	0,0	-20,4	-0,2	0,2
Juli	0,2	-1,5	0,2	-4,8	0,1	-1,3	-1,0	-20,7	0,0	0,1
August	-0,4	-1,9	0,2	-2,9	0,0	-1,4	0,8	-18,8	-0,5	0,1
September	-0,2	-2,0	0,9	-2,1	0,0	-1,4	1,0	-20,6	-0,1	0,0
Oktober	0,0	-1,7	-0,1	-1,2	-0,1	-1,6	-1,8	-13,2	-0,2	-0,1
November	-0,3	-1,8	-0,2	-0,4	-0,2	--	-6,0	-17,3	0,2	-0,2
Dezember	-0,1	-1,8	0,5	1,1	-0,1	-1,3	-2,8	-15,3	0,2	0,1
2000										
Januar	0,8	1,4	1,2	2,9	0,1	-1,2	1,4	-10,2	0,0	-0,2
Februar	0,0	-1,3	0,9	4,6	0,2	0,6	2,4	-4,9	0,1	-1,1

Quelle: INDEC

nehmen gaben ihrer Besorgnis Ausdruck, weil der Mindestverbrauch, um als Grossabnehmer direkt, bei Bezahlung der Gastransportkosten, vom Grosshändler beziehen zu können, von 10.000 cbm/Tag auf 5.000 cbm/Tag verringert werden soll. Damit sollen die Kosten kleiner und mittelständischer Betriebe (Pymes) gesenkt werden.

Die argentinische Länderrisiko-prämie ist auf dem niedrigsten Stand seit der Russlandkrise. Der Spread zwischen Bonds mit flexiblen Zinssätzen und T-Bonds auf 30 Jahre fiel unter 500 Basispunkte.

Die Hypothekenbank gab die Wiedereinführung verschiedener Kreditlinien mit Zinssätzen ab 10% im Jahr ohne zusätzliche Provisionen bekannt, sowie die Unterstützung privater Entwicklungsvorhaben in Country Clubs und geschlossenen Wohnsiedlungen. Für Hypothekenkredite in Dollar, mit flexiblen

Zinssätzen auf 3 bis 10 Jahre, beträgt der Jahressatz 10%, auf 11 bis 20 Jahre 10,5%. In Dollar für die selben Fristen zu festen Zinssätzen 11,5% bzw. 12,5%. Für Pesokredite zu festen Jahressätzen auf 3 bis 10 Jahre 15,5%, auf 11 bis 20 Jahre 16,5%. Durch Abschaffung der Provisionen und billigere Versicherungen konnten die Finanzierungsspesen um 1,5% im Jahr gesenkt werden.

Nach der heute mit der Banco Santander fusionierten Banco Central Hispano und der Banco Bilbao Yizcaya Argentaria, fasst nun die spanische, von der belgischen KBL kontrollierte, Banco Urquijo in Argentinien Fuss. Sie will hier nur grosse und mittlere Investoren bedienen. In Spanien arbeitet sie mit Investmentgesellschaften und -fonds für US\$ 3,66 Mrd. Die letzte Bilanz wies Aktiven für US\$ 4,4 Mrd. und Einlagen von US\$ 2,48 Mrd. aus. Ihr Hauptaktionär KBL (Kredietbank Luxembourg) hat ein Vermögen von US\$ 55 Mrd.